

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

DI Dalibor Strasky,
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

1. Juni 2018

zum Thema

**„Oberösterreich als Motor für den europaweiten
Atomausstieg - jetzt fallen die ersten Entscheidungen,
jetzt starten wir neue Initiativen“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

„Oberösterreich als Motor für den europaweiten Atomausstieg - jetzt fallen die ersten Entscheidungen, jetzt starten wir neue Initiativen“

Zwei Weichenstellungen werden über die Zukunft der Atomkraft in Europa entscheiden: die Entscheidung des Europäischen Gerichts über die Wettbewerbsrechtlichkeit von staatlichen Subventionen für AKW-Neubauten und die Frage nach Laufzeitbeschränkungen, Abbau und Endlagerung alter Reaktoren. Denn die europäische Atom-Flotte ist veraltet und wird mit jedem zusätzlichen Betriebsjahr riskanter. Gelingt es uns durchzusetzen, dass die alten Meiler aus Sicherheitsgründen rasch vom Netz müssen und es keine Subventionen für die völlig unwirtschaftliche Errichtung neuer Reaktoren gibt, dann ist dies der Start für einen schrittweisen, europaweiten Atomausstieg.

Für die Neubau-Frage stehen im Juni und Juli zwei wesentliche Termine an: am 6. Juni die Anhörung zum Ausbau des AKW Dukovany in Wien, an der LR Anschober teilnehmen wird – und am 12. Juli wird die erstinstanzliche Entscheidung des Europäischen Gerichts zu Hinkley Point C über die von Anschober initiierte Klage gegen die Möglichkeit der Milliardensubvention für das britische AKW-Neubauprojekt getroffen. Eine absolute europaweite historische Weichenstellung, die weltweit mit großem Interesse erwartet wird. Die nächsten zwei Monate werden also wegweisend!

Einstweilen bleibt die Lage in Tschechien chaotisch: Trotz Festhaltens der Regierung an Atomstrom, fehlt nach wie vor die Entscheidung von CEZ und des Staates über die Finanzierung - diese Entscheidung wurde neuerlich vertagt, diesmal bis Jahresende. Auch auf der Baustelle im britischen Hinkley Point C gibt es massive Probleme und Verzögerungen.

Sehr aktiv hingegen die Arbeit am europaweiten Atomausstieg: die von LR Anschober gegründete Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg geht konsequent den Weg zur Durchsetzung des Atomausstiegs: Beim jüngsten Treffen Ende April waren schon Regionen mit rd. 50 Millionen Einwohner/innen dabei, OÖ wurde nun zur Arbeits-Drehscheibe und zum Standort der Allianz der Atomgegner bestimmt, das nächste Treffen wird daher am 18. September 2018 in Linz ausgerichtet - kein Zufall, dass dies gleichzeitig mit dem ebenfalls in Linz tagenden Energieministerrat stattfindet. Verbot der Subvention und Beschränkung der Laufzeitverlängerungen sind dabei das Ziel, das wird der Einstieg in den Ausstieg.

Weichenstellung 1 - Milliardensubventionen für neue Atomreaktoren stoppen

Historisches Grundsatzurteil über Subventionen für das AKW Hinkley Point C kommt am 12. Juli 2018

Nach der mündlichen Verhandlung im Oktober letzten Jahres wird das Urteil des Europäischen Gerichts in erster Instanz, gegen das eine Berufung der unterlegenen Seite sicher ist, noch vor dem Sommer – am 12. Juli 2018 – erfolgen. Dann sollte innerhalb eines Jahres der EuGH in letzter Instanz zu einem rechtskräftigen Urteil kommen. Und dann liegt eine Grundsatzentscheidung für die Förderung oder ein Förderverbot für neue Atomkraftwerke in Europa vor. Hintergrund: in Hinkley Point genehmigte die EU-Kommission ein Fördermodell via eines Contract for Difference, der dazu führen würde, dass das AKW-Projekt mit mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr gefördert werden könnte - nach letzten Berechnungen könnte das Projekt den britischen Steuerzahler/innen bis zu 57 Milliarden Euro kosten, dazu kommen noch die Baukosten in der Höhe von 23 Milliarden Euro (Quelle: <http://www.no2nuclearpower.org.uk>).

Auf der Baustelle in Hinkley Point stehen Missstände und Mängel an der Tagesordnung, die immer wieder zu Stillständen und weiteren Verzögerungen führen. So entdeckte EDF im April massive Qualitätsmängel an Schweißnähten im zu Hinkley Point C baugleichen Reaktor in Flamanville. Dies wenige Wochen nachdem die britische Aufsichtsbehörde bereits Bedenken über den schlechten Standard der Qualitätskontrollen von EDF in der Lieferkette für Hinkley Point C geäußert hatte.

LR Anschober: *„Entscheidend auch für die AKW-Ausbaupläne in Tschechien, die ohne staatliche Subvention für CEZ nicht realisiert werden können, ist die Entscheidung des Europäischen Gerichts über die Subvention des britischen Staates für deren Projekt Hinkley Point C. Entscheidet das Europäische Gericht hier nach rein wettbewerbsrechtlichen Grundlagen, müssen die Milliarden-Subventionen eigentlich gestoppt werden. Das wäre das Ende für Überlegungen in europäischen Staaten für staatliche Beihilfen für diese Uralt-Technologie und das wäre damit der praktische Ausstieg aus der Atomkraft in Europa.“*

Aktuelle Lage um die Ausbau-Pläne in Tschechien

Die neue Regierung der Tschechischen Republik setzt ungebrochen auf den Ausbau der Atomenergie: laut Regierungsprogramm vom Dezember 2017 ist bei Strom ein „Mix mit steigendem Anteil von Atomenergie und erneuerbaren Energien“ vorgesehen. Laut dem geltenden Aktionsplan für die Atomenergie von 2015 soll der Atomstromanteil 50 Prozent erreichen. Die Regierung wird die „Errichtung neuer AKW und des geologischen Endlagers für Atommüll zu den nötigen Terminen sicherstellen“.

Keine Erwähnung findet die Frage nach der Finanzierung der neuen AKW, die seit Jahren sehr kontrovers diskutiert wird.

Immer klarer zeigt sich aber, dass der zu zwei Drittel staatliche Energieversorger und Betreiber der Atomreaktoren ČEZ die neuen AKW nicht errichten will: Bereits die verbindliche Ankündigung könnte zum Einbruch der Aktienkurse führen, es wird befürchtet, dass die Kleinaktionäre ČEZ klagen würden. Aktuell hat CEZ-Energie-Chef Benes auf einen Beschluss der Generalversammlung noch im Juni gedrängt, um CEZ zu teilen und durch eine teilweise Verstaatlichung einen Ausweg für die unwirtschaftliche Finanzierung der neuen AKW-Blöcke für den Konzern zu finden. Dies hat Industrieminister Hüner aber verunmöglicht und den Punkt von der Tagesordnung streichen lassen.

Hüner will der Regierung die Empfehlung über die weitere Vorgehensweise bis Ende dieses Jahres geben. Laut einer Studie von PWC für das tschechische Industrieministerium, fehlen jedoch nach wie vor bedeutende Dokumente, die die Entwicklung der Strompreise analysieren würden, sowie mögliche Modelle zur Finanzierung der neuen Reaktoren, die Rückvergütung des Projekts oder Auswirkungen des Baues auf die öffentlichen Mittel. Hüner ist überzeugt, dass CEZ die ökonomische Kraft für einen neuen AKW-Block habe, aus Sicht der tschechischen Republik fehlen aber noch wirtschaftliche Darstellungen und Risikobewertungen seitens des Unternehmens, um über die Finanzierung konkret entscheiden zu können.

Die Allianz der Ausbau-Befürworter – Regierungsvertreter, Lokalpolitiker rund um Dukovany – rufen daher lautstark nach staatlicher Finanzierung, egal wie.

Ausbau des AKW Dukovany? Anhörung am 6. Juni in Wien

Schlagend wurde der Plan um den Ausbau des AKW Dukovany um zwei weitere Blöcke im Jahr 2014 nach dem Scheitern des Bieterverfahrens für die neuen AKW-Blöcke am Standort Temelín. Ohne Berücksichtigung der Leistungsbeschränkung für Dukovany sollte daher das gescheiterte Projekt für Temelín mit zwei Blöcken mit der Leistung von je 1.200 MWe bis 1.700 MWe nach Dukovany übertragen werden.

In den UVP-Unterlagen wird mit dem parallelen Betrieb der vier bestehenden Blöcke mit einem neuen gerechnet und dies im Zeitraum von ca. zehn Jahren. Die maximale Leistung am Standort sollte dabei mindestens 2.050 MWe + 1.200 MWe = 3.250 MWe betragen.

Dieser Leistung entspricht der Flusswasserverbrauch von ca. 68 Mio. m³. In den wasserarmen Jahren kann diese Menge jedoch nicht vom Fluss Jihlava gedeckt werden. Die prognostizierten Folgen der Klimakrise bestätigen, dass der Zufluss aus dem Einzugsgebiet von Jihlava geringer wird. Diese Tatsache ist auch den Expert/innen bekannt; nur die UVP-Unterlagen versprechen, dass die Wasserversorgung mit der Wahrscheinlichkeit von 99,3 % jederzeit sichergestellt sei.

Auch beim Ausbau im AKW Dukovany soll an der Ableitung des tritiumhaltigen Abwassers in die Kühltürme und somit in die Luft festgehalten werden. Das ist insbesondere aus österreichischer Sicht nicht akzeptabel.

Am 6. Juni findet nun eine öffentliche Anhörung zum AKW-Ausbau Dukovany in Wien statt, ebenso wie am 13. Juni in München, bevor dann der Erörterungstermin am 19. Juni in Trebic stattfinden soll. Mit dem Vorverfahren für die UVP wurde im August 2016 gestartet, ein Jahr später im Nationalen Aktionsplan Tschechiens vorgesehen.

Weichenstellung 2 – Stopp für unbegrenzte Laufzeiten

Laufzeitverlängerungen – grundsätzlich und unbefristete natürlich umso mehr – sind hochproblematisch. Denn je älter ein AKW, desto riskanter wird sein Betrieb, etwa durch Risse und Versprödungen oder nur bedingt kompatibler Hardware und Software. Trotz dieser Sicherheitsbedrohungen führt die Atom-Lobby in der EU aber teure AKW-Stilllegungen nicht durch, vor allem, um auf diese Weise Investitionen in Abbau und Lagerung hinauszuzögern.

„Es muss europaweit eine maximale Betriebszeit für AKW festgelegt und, sofern diese Betriebszeit noch nicht erreicht ist, als Mindestanforderung eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung bei derartigen Anträgen verankert werden,“ so Anschober.

Lage der Laufzeitverlängerungen in Tschechien: AKW Dukovany

Nach den ersten beiden Blöcken dürfen nun auch die Blöcke 3 und 4 im tschechischen Atomkraftwerk Dukovany auf unbestimmte Zeit am Netz bleiben, eine entsprechende Lizenz wurde von der tschechischen Atomaufsichtsbehörde (SUJB) am 28. Juni 2017 erteilt. Nur 120 Kilometer von Oberösterreich entfernt sind nun alle vier Reaktorblöcke im AKW Dukovany über 30 Jahre lang am Netz und dürfen – trotz des großen Kontrollskandals, sämtlicher Zwischenfälle und Risse – in Betrieb bleiben.

Forderung: EU-weite Laufzeitbeschränkung

Die von LR Anschober mitgegründete Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg hat neben einem Nein zu staatlichen Subventionen für Neubauprojekte auch klare Regeln für eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten zum Ziel. *„Es braucht hier klare, verlässliche und sichere EU-weite Regeln“*, so Anschober.

Die Forderungen:

- Eine Begrenzung von Laufzeiten durch eine Höchstgrenze der Betriebszeit von Atomkraftwerken in der EU.
- Eine Anwendung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung auch bei Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken.
- Die europaweit verbindliche ehrliche und transparente Kostenkalkulation von Atomstrom mit der Berücksichtigung sämtlicher interner wie externer Betriebs- und Folgekosten.
- Ambitionierte Schutzstandards für die Bevölkerung auf höchstem Niveau.
- Ein europaweites verbindliches und transparentes Nuklearsicherheitssystem für die EU und ausreichende Kontrollmöglichkeiten auf EU-Ebene.
- Der Austritt von Großbritannien aus EURATOM muss genutzt werden, um eine EURATOM-Vertragsstaatenkonferenz auf den Weg zu bringen.

Wirtschaftlicher Hebel und politischen Instrumente

Am 6. Juni nimmt LR Anschober an der Anhörung im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau des AKW Dukovany in Wien teil.

Der Protest von NGOs und Zivilgesellschaft in Österreich, aber v.a. auch in Tschechien, wird lauter: Neben einer negativen, fachlichen Stellungnahme des Landes Oberösterreich haben sich über eine Einwendungskampagne auch Gemeinden von rund 125.000 Einwohner/innen bereits in der Vorphase des Verfahrens gegen einen AKW-Neubau in Dukovany stark gemacht. Darüber hinaus hat die Oberösterreichische Landesregierung eine Einwendung im Namen aller Oberösterreicher/innen eingebracht.

„Wir setzen beim Protest ganz auf den wirtschaftlichen Hebel, denn Atomkraft ist wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Daher soll der Weg für die Atomindustrie über staatliche Garantien und Subventionen laufen. Das ist aus unserer Sicht wettbewerbsrechtlich innerhalb der EU für eine Uralt-Technologie unmöglich. Ich habe daher aus Oberösterreich maßgeblich an der Einreichung der

Nichtigkeitsklage gegen das Ja der EU-Kommission für staatliche Hilfen beim AKW-Projekt Hinkley Point C mitgearbeitet. In wenigen Monaten wird es dazu eine erste Entscheidung beim Europäischen Gericht geben, die zweitinstanzliche Entscheidung des EuGH wird über die Zukunft der Atomkraft in Europa entscheiden,“ so Anschober.

Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg: OÖ als Drehscheibe

Gebündelter Protest kommt von der "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg", die LR Anschober gegründet hat, mit dem Ziel, einen Gegenpol zur starken Pro-Atom-Lobby zu bilden. *„Unser Ziel ist es, Laufzeitverlängerungen zu beschränken und Subventionen für Neubauprojekte zu stoppen. Denn sind die Altreaktoren erstmal vom Netz und werden völlig unwirtschaftliche AKW-Neubauprojekte auch durch staatliche Überlebensmaßnahmen nicht mehr gestützt, dann ist die Atomkraft endgültig am Ende!“*

Mittlerweile vertritt die Allianz der Regionen 50 Millionen Einwohner/innen, die Allianz treibt den Widerstand gegen Risiko-AKW in Europa wie Thiangé, Cattenom, Dukovany, Temelin, Fessenheim und andere voran und kämpft um Weichenstellungen in der EU für einen Atomausstieg.

Zuletzt traf sich die Allianz Ende April in Mainz und legte da auch die weitere Arbeitsweise fest: Oberösterreich wird die Koordinierungszentrale der Allianz. *"Wir werden damit noch stärker die Drehscheibe, der Motor für den Atomausstieg in Europa,“* so Anschober.

Ein nächstes Treffen wird im September unter Beteiligung führender Wissenschaftler/innen in Österreich stattfinden.